

Kürzungen bei Sozialpässen gemildert

CDU, SPD und FDP agierten gemeinsam

Von unserem Redaktionsmitglied
Britta Baier

Etwa 22 000 Menschen in Karlsruhe leben laut Armutsbericht des Landes unter der Armutsgrenze, darunter 5 000 Kinder und 3000 Senioren. Element der Leitlinien gegen Kinderarmut und Altersarmut, die 2010 und 2012 verabschiedet wurden, sind der Karlsruher Pass

und der Karlsruher Kinderpass. Die Pässe ermöglichen Bedürftigen unter anderem Vergünstigungen bei Eintritt in Kultureinrichtungen, Bäder und bei der Nutzung des KVV. Über Veränderungen bei der städtischen Bezuschussung verschiedener Angebote entschied gestern der Gemeinderat. Die Verwaltungsvorlage sah vor, den Zuschuss bei VHS-Kursen von bisher größtenteils 80 Prozent auf 50 Prozent zu reduzieren, einen Eigenanteil beim Zoobesuch auf 50 Prozent festzulegen (der zuvor für Passbesitzer kostenlos war) und die Bezuschussung bei Veranstaltungen des Badischen Konservatoriums von 80 Prozent auf zwei Drittel zu senken. CDU, SPD und FDP stellten zu dieser Vorlage einen interfraktionellen Änderungsantrag, laut dem der Zooeintritt für Besitzer des Karlsruher Passes und Kinder-

passes zu zwei Dritteln durch die Stadt bezuschusst werden soll, und der Preis für Jahreskarten auf 10 Euro für Erwachsene und fünf Euro für Kinder festgelegt wird. Die Beschlussvorlage wurde, nach Veränderung entsprechend dem interfraktionellen Änderungsantrag, mehrheitlich beschlossen.

Kritisch über die Veränderung äußerten sich Angehörige der Kult-Fraktion, der Grünen und der Linken. Lüppo Cramer (Kult-Fraktion) bemängelte: „In einer Zeit, wo man sieht, wohin es führt, wenn man Arme ausgrenzt werden und man sie nicht teilnehmen lässt, müsste der Kinderpass unserer Meinung nach aufgestockt werden.“ Ähnlich argumentierte Verena Anlauf (Grüne): „Das Gefühl, ausgeschlossen zu sein, führt häufig zu resignativem oder aggressivem Verhalten. Das wissen wir – und trotzdem sollen beide Pässe stark gekürzt werden.“ Niko Fostiropoulos von der Linken kritisierte: „Karlsruhe ist eine reiche Stadt und sie geizt jetzt bei den Ärmsten unserer Gesellschaft. Wenn es nach mir ginge, bräuchte man keine Sozialpässe, sondern Gehälter, bei denen Bürger keine Sozialpässe bräuchten.“

Zustimmung für den Verwaltungsentwurf gab es von Seiten der FDP und

Aus dem Gemeinderat



DER ZOOEINTRITT für Besitzer des Karlsruher Passes und des Kinderpasses wird künftig zu zwei Dritteln durch die Stadt bezuschusst, eigentlich war nur noch ein Zuschuss von 50 Prozent vorgesehen. Foto: joda

CDU. „Eine gewisse Eigenbeteiligung trägt zur Wertschätzung bei. Die Veränderung der Eigenbeteiligung ist ein dynamisches Steuerungsinstrument, das Missbrauch ausschließt“, so Karl-Heinz Jooß (FDP). Thomas Müller (CDU) betonte: „Es war notwendig, bei der VHS etwas zu tun und auch beim Zoo zu sagen: So viel nicht!“ Um versöhnliche

Töne bemühte sich Yvette Melchion (SPD). Es gehe bei der Veränderung nicht ums Sparen, sondern um die Zukunftsfähigkeit des Modells. „Die Vorschläge beinhalten durchaus auch Verbesserungen, zum Beispiel erhöhte Zuschüsse bei der Nutzung von Ferienangeboten. Hier werden, statt wie zuvor ein Festbetrag von 40 Euro, nach der

Verwaltungsvorlage zwei Drittel der Kosten beigesteuert, was im Großteil der Fälle eine weitaus höhere Bezuschussung bedeutet.“ Verbesserungspotenzial sehe sie bei den Kriterien für das Recht auf den Pass: „Der Kreis der Berechtigten sollte erweitert werden. Es gibt zahlreiche Menschen, die an der Schwelle zur Armut stehen.“

tw. Die städtischen Sparanstrengungen standen natürlich auch im Fokus der Haushaltsrede von Finanzbürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz (Foto: joda). Wir dokumentieren ihre Rede hier in Auszügen anhand thematischer Schwerpunkte:

- Zur Investitionstätigkeit: „Wie schon im Doppelhaushalt 2015/2016 haben wir ein sehr hohes Investitionsvolumen aufgelegt. Wir planen 2017 mit 194 und 2018 mit 191,2 Millionen Euro. Die Auszahlungen für Baumaßnahmen umfassen 146 in 2017 und 137 Millionen Euro in 2018. Davon werden für begonnene Maßnahmen 73,3 in 2017 und 57,9 Millionen Euro in



Luczak-Schwarz

2018 benötigt. An Neubauvorhaben sind 36,6 Millionen Euro für 2017 und für 2018 53,4 Millionen Euro vorgesehen. Darin enthalten sind auch die Projekte aus der „Tränenliste zum Doppelhaushalt 2015/2016“.

- Zu den Schulen: „Für Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen an Schulen sind rund 85,6 Millionen Euro vorgesehen. Genannt seien als Fortsetzungsmaßnahmen der Neubau der Gemeinschaftsschule in Grötzingen mit 15,5 Millionen Euro und der zweite Bauabschnitt der Heinrich-Hertz-Schule mit 18,9 Millionen Euro sowie der Beginn der Erweiterung und Modernisierung der Drais-Gemeinschafts- und Grundschule mit einem Gesamtfinanzrahmen

von 21,4 Millionen Euro. Starten wollen wir auch mit der Sanierung des Bestandsgebäudes der Dragonerkaserne für das Badische Konservatorium; hier

„Gewerbesteuer keine belastbare Größe“

liegt der Gesamtfinanzrahmen bei 11 Millionen Euro.“

- Zur Nettoneuverschuldung: „Aus dem Zahlungsmittelüberschuss und aus den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit stehen uns daher in 2017 118,9 Millionen Euro und in 2018 53,6 Millionen Euro zur Verfügung. Dies reicht nicht

aus, um unser Investitionsvolumen ohne eine Nettoneuverschuldung zu finanzieren. Wir benötigen daher Kredite. In 2017 sind Kredite von 87 Millionen Euro und in 2018 von 150 Millionen Euro vorgesehen. Dies führt zu einer Nettoneuverschuldung von 71 Millionen Euro in 2017 und 130,2 Millionen Euro in 2018.“

- Zum Personalaufwand: Bei der Stadtverwaltung sind einschließlich Auszubildenden und Praktikanten 6 064 Menschen beschäftigt; die Stadtverwaltung gehört damit zu den großen Arbeitgebern in der Technologieregion Karlsruhe. 2017 müssen wir für unsere Beschäftigten 326,7 Millionen Euro und in 2018 338,1 Millionen Euro bezahlen. Dies bedeutet im Vergleich zu 2016 eine Steige-

rung um 23,9 Millionen Euro und damit um 7,6 Prozent innerhalb von zwei Jahren.

- Zur Gewerbesteuer: Die Gewerbesteuer ist zwar die wichtigste Ertragsquelle. Jedoch ist sie keine beständige und belastbare Größe, da sie sehr stark von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist. Höchstwerte wie 2012 und 2013 dürfen nicht regelmäßig erwartet werden. Es handelt sich vielmehr um Sonderzahlungen aus Gewerbesteuerprüfungsverfahren, die oftmals mit einem Rückzahlungsrisiko belastet sind. Dennoch lässt sich eine stabile kontinuierliche Weiterentwicklung erkennen, wobei die Erhöhung des Hebesatzes 2015 eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt. Wir planen 2017 und 2018 mit Gewerbesteuerbruttoerträgen von 265 Millionen Euro. Dies bedeutet im Vergleich zu 2015 und 2016 eine Erhöhung um 25 Millionen Euro.“

„Wir benötigen Kredite“

Finanzbürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz über den Doppelhaushalt

„Die berühmte Nagelschere reicht nicht“

Bekennnis zum Sparkurs – und zur Modernisierung

tw. Auch Oberbürgermeister Frank Mentrup setzte seinen Fokus auf die Neuordnung der städtischen Finanzen, skizzierte aber auch künftige Entwicklungen. Wir dokumentieren hier seine Rede in Auszügen anhand thematischer Schwerpunkte:

- Zum Sparkurs: „Die berühmte „Nagelschere“ und das kosmetische Schnippen mit ihr reicht nicht mehr. Wir müssen in den nächsten Jahren auch strukturelle Entscheidungen treffen.“
- Zu möglichen Konsequenzen: „Wir wollen selbst die Zügel in der Hand behalten, unsere Zukunft aktiv gestalten und nicht von der Rechtsaufsichtsbehörde fremdbestimmt werden.“
- Zum Badischen Staatstheater: „Voraussichtlich im ersten Quartal 2017 wird die Vorplanung mit einer belastbaren Kostenschätzung vorliegen, die die Verwaltung dann im Rahmen eines Grundsatzbeschlusses in den Gemeinderat einbringen wird.“
- Zur modernen Verwaltung: „Wenn alles um uns herum im Fluss ist, wenn wir von Industrie 4.0 reden, wenn es heute schon selbstverständlich ist, dass Autos selbstständig einparken und die Kaffeemaschine online ist, dann muss sich auch die Verwaltung ein – neudeutsch – update gönnen. Und das wollen wir tun.“
- Zur Innenstadt: „Unser Ziel ist es, dass sich unsere Innenstadt als unverwechselbarer internationaler attrakti-



OB FRANK MENTRUP bei seiner Haushaltsrede. Foto: joda

ver Ort präsentiert – für Leben und Erlebnis, für Einkaufen und Begegnung. Als eine Innenstadt für alle.“

- Sicherheit in der Stadt: „Nach den Zahlen der Kriminalstatistik 2015 hat sich auch objektiv die Sicherheitslage in Karlsruhe verschlechtert. Es gibt zwar gegenüber 2014 bei einzelnen Delikten deutliche Rückgänge wie zum Beispiel bei Wohnungseinbrüchen. Betrachtet man aber die Gesamtheit der begangenen Straftaten, steigen die Fallzahlen um acht Prozent.“

Diese Entwicklung ist zwar in allen Großstädten zu beobachten (...). Trotzdem können wir dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen.

- Die Region: „30 Jahre nach ihrer Gründung steht die Technologieregion Karlsruhe vor einem Neustart und einer grundlegenden Neuentwicklung. Erstmals gelingt es, Wirtschaft und Wissenschaft in die interkommunale Zusammenarbeit einzubinden. Unternehmen und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen bekennen sich politisch, finanziell und personell zur Region.“
- Zur sozialen Stadt: „Ein konkretes sozialpolitisches Ziel dabei ist die Ermöglichung von Teilhabe aller. Die aktuellen Prozesse und gleichzeitig Herausforderungen dazu sind Inklusion und Integration. Inklusion ist machbar – aber nicht überall und sofort und nicht nur als Herausforderung für Städtebau und Stadtgestaltung.“

–Anzeige–

www.kvv.de

Sommerbaustellen in Sicht. Wir bauen für Sie.

Die VBK und die AVG machen ihr Streckennetz fit für die Zukunft. Es gelten teilweise geänderte Liniennetzpläne.

Infos gibt es unter www.kvv.de und an den betroffenen Haltestellen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis und gute Fahrt durch den Sommer!

KVV Service-Telefon 0721 6107-5885

Bitte Aushänge beachten!

KVV. Bewegt alle.

KVV